

## **Siebzehn Ziele für das eine Ziel: Menschenwürdiges Leben für alle**

### **JP Stellungnahme zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen**

Auf dem UN-Gipfel in New York verabschieden die Staats- und Regierungschefs eine neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) mit 17 Zielen, die weltweit soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit schaffen sollen. Dazu nimmt Bischof Dr. Stephan Ackermann, der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax Stellung:

1. Ich freue mich, dass mit der Agenda 2030 und den nachhaltigen Entwicklungszielen eine neue Grundlage internationaler Zusammenarbeit für eine integrale Entwicklung geschaffen wird. Sie berücksichtigt neben sozialen und ökonomischen Aspekte auch ökologische, wie etwa Klimagerechtigkeit und einen schonenden Ressourcenverbrauch. Vor allem die Verankerung in den Menschenrechten sehen wir als eine wichtige Voraussetzung, um die Umsetzung dieser Agenda weltweit zu gewährleisten, damit Hunger und extreme Armut beendet und ein Leben in Würde für alle ermöglicht wird. Doch sollte man bei aller Begeisterung für die Chancen zur Überwindung von Armut und Ausgrenzung nicht die Sorge vergessen, die Papst Franziskus in seiner Enzyklika ‚Laudato si‘ ausführt, dass Sonderinteressen einzelner Staaten und Akteure und die Dominanz von wirtschaftlichem Interesse vor der Gemeinwohlorientierung die Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft gefährden.
2. Die Ziele sind ehrgeizig. Sie stellen die Politik jenseits der klassischen Trennung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf allen Seiten vor erhebliche Herausforderungen. Auch in Deutschland und Europa müssen wir uns noch entschiedener als bisher auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad begeben. Ziel ist ein Wohlstandskonzept, das nicht einfach nur auf materielles Wachstum setzt. Nachhaltig und ethisch vertretbar ist ein solches Konzept nur dann, wenn wir damit anderen nicht die faire Chance nehmen, sich nachhaltig zu entwickeln. Dies ist aber der Fall, wenn z.B. die Europäische Agrarpolitik landwirtschaftliche Exporte massiv fördert oder Fischereigründe ausbeutet und damit das Menschenrecht auf Nahrung verletzt. In den Staaten des globalen Südens ist eine entwicklungsfreundliche Politik erforderlich, die vorrangig Bildung, Gesundheit und menschenwürdige Arbeit für alle gewährleistet. Vor al-

lem aber muss es auf allen Ebenen um ein kohärentes Regierungshandeln gehen. Wenn es etwa im **Ziel 2** um die Beendigung des Hungers und die Schaffung von Ernährungssicherheit geht, muss auch Agrar- und Handelspolitik stärker als bisher dem Recht auf Nahrung Rechnung tragen. Und wenn das **Ziel 8** Menschenwürdige Arbeit heißt, muss es z.B. um den Schutz für Wanderarbeiter/innen (wie etwa Hausangestellte) gehen, um angemessene Angebote für Langzeitarbeitslose, um soziale Sicherung und die Verhinderung weiterer Prekarisierung von Arbeit. Die in **Ziel 16** angesprochene Förderung einer friedlichen und inklusiven Gesellschaft muss Konsequenzen auch für das Weißbuch Sicherheitspolitik haben, ebenso für restriktive deutsche Rüstungsexportgenehmigungen in Konflikt- und Krisenregionen. Im **Ziel 17** wird die Wiederbelebung einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung angesprochen. Dies impliziert auch gerechte Handelsstrukturen, die fairen Marktzugang für Entwicklungsstaaten eröffnet. Das hat konsequenterweise Auswirkungen auf die Verhandlungen um bilaterale Freihandelsabkommen wie etwa TTIP oder CETA. Diese Abkommen dürfen die Entwicklungschancen der ärmsten Menschen und Länder nicht beeinträchtigen und sind vor allem auch darauf hin zu bewerten, ob sie eine weltweit verbindliche Ordnung des Welthandels eher befördern als aushöhlen.

3. Bei der Konferenz in Addis Abeba im Juli 2015 wurde allseits betont, dass die Umsetzung der SDGs nur Chancen hat, wenn es die Bereitschaft gibt, genügend Ressourcen für Entwicklungsfinanzierung bereitzustellen. Dazu braucht es gerechte Steuersysteme und entsprechende Kapazitäten in der Steuerverwaltung. Solche strukturell tiefgreifende Maßnahmen sind von zentraler Bedeutung, um die Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern weltweit zu reduzieren, so wie es auch im **Ziel 10** der SDGs beschrieben ist. Dazu zählen sozialverträgliche Wege des Schuldenabbaus bzw. der Entschuldung und die Kontrolle von Offshore-Zentren, um die Kapitalflucht aus dem Süden zu stoppen. Aber auch die Erträge aus der Finanztransaktionssteuer sollten für Entwicklung und Klimagerechtigkeit eingesetzt werden. Schließlich braucht es Unterstützungsleistungen von außen auf dem Wege der Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungshilfe; zumindest das vereinbarte 0,7 %-Ziel ist endlich einzulösen.

Dass in vielen armen Ländern die Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten die Haupteinnahmequelle ist, ist ein Armutszeugnis auch für die Entwicklungsfinanzierung. Ein Leben in Würde, Ausbildung und Arbeit, ein nachhaltiges Auskommen für Familien in allen Ländern ob in der Stadt oder in ländlichen Gebieten, ist der beste Weg, um Menschen nicht in die Migration zu zwingen. Eine inklusive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, eine gerechte Finanz- und Wirtschaftspolitik, eine konsequente Umsetzung der SDGs in allen Ländern verhelphen auch zu einer menschenrechtsorientierten Migrationspolitik.

4. Die Umsetzung der neuen Ziele ist eine Verpflichtung sowohl der internationalen Gemeinschaft mit ihren Organisationen als auch einzelner Staaten. Entsprechend ihrer Verantwortung müssen auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure daran mitwirken. In den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen muss der politische Wille aufgebracht werden umzusteuern, um in den jeweiligen Ländern, aber auch in regionaler und internationaler Zusammenarbeit etwa das Recht auf Wasser, auf Nahrung, auf Leben für alle zu gewährleisten.

Papst Franziskus hat heute vor der UN leidenschaftlich für eine internationale Zusammenarbeit zugunsten einer Entwicklungsgerechtigkeit plädiert und damit Zukunftsperspektiven für die Armen eingefordert. Mit der Enzyklika `Laudato Si` hat er vor kurzem ein Kompendium der globalen Solidarität vorgelegt, das auch einen Orientierungsrahmen für die neue Entwicklungsagenda bietet. Der Papst widerspricht der Ideologie, die allein auf wirtschaftliches Wachstum setzt. Vielmehr setzt er auf ein Konzept, das eine im Ganzen höhere Lebensqualität für alle hinterlässt. Dazu gehört die Bedeutung alternativer Lebensstile, Genügsamkeit und verantwortliches Konsumieren. Mit seiner Enzyklika hat der Papst nicht nur eine ethische Begründung für unsere Verantwortung für das gemeinsame Haus, die Erde, gegeben, sondern er bietet mit ihr auch eine spirituelle Grundlage für Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen an.

Justitia et Pax begrüßt die Verabschiedung der SDGs und wird ihre weitere Umsetzung kritisch begleiten. Wir werden als kirchliche Akteure unseren Beitrag zur Erfüllung der Ziele in Verbindung mit unseren Partnern weltweit leisten.

Bonn, 25.09.2015